

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 38

vom 26. November 2010
Redaktion: Katja Richardt

Bund

877. Sitzung des Bundesrates 2

Wirtschaft und Hafen

Umfangreiche Kooperationen mit der chinesischen Reederei COSCO beschlossen 5
Hamburg nimmt erste Hürde bei Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH 6
Luftfahrtindustrie zeigt Stärken und Innovationen 8

Stadtentwicklung und Umwelt

Senat informiert über Stand der Planungen zur Stadtbahn 9
Auftakt zur Modellregion Elektromobilität Hamburg 11
Rettungsversuch für den Eichbaumsee 14
Eine Erfolgsgeschichte geht weiter: 1.000.000. StadtRAD-Fahrt 15

Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburgs erste Klimaschulen ernannt 16

Soziales und Gesundheit

Ausbau wohnortnaher Hilfe in der Altersmedizin und für Schlaganfall-Patienten 19
Mehr Chancen für alle Generationen 24

Datenschutz

Bußgeld gegen Haspa verhängt 26

Medien

Behörde für Kultur und Medien gratuliert Thomas Fuchs zum Vorsitz der Landesmedienanstalten in Deutschland 28

Zur Information

Terminkalender 29

25.11.2010/br25

An der 877. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 26. November 2010, nehmen Bürgermeister Christoph Ahlhaus, Senatorin Anja Hajduk, Senator Heino Vahldieck, Senator Dr. Till Steffen und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.

Die Tagesordnung umfasst 51 Punkte.

Hamburg fordert höhere Bundesbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung

Das Vermittlungsverfahren zum Sechsten Änderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch (SGB) II wurde ohne Einigung abgeschlossen. Hamburg fordert neben anderen Ländern weiterhin eine höhere Bundesbeteiligung, die sich an den tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung orientiert und unterstützt daher einen Einspruch des Bundesrates gegen das Gesetz.

Atomgesetze stehen vor einer der letzten Hürden

Vier Gesetze zum Thema Kernenergie stehen auf der Tagesordnung des Bundesrates. Mit zwei Novellen des Atomgesetzes sollen die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, veränderte Sicherheitsanforderungen und Enteignungsregelungen bei der Endlagersuche beschlossen werden. Außerdem soll ein Fonds zur Förderung Erneuerbarer Energien eingerichtet werden, der sich unter anderem aus den Zusatzgewinnen der Kernkraftwerksbetreiber durch die Laufzeitverlängerung speist. Mit der Kernbrennstoffsteuer soll zudem eine neue Abgabe eingeführt werden.

Anträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Laufzeitverlängerung haben in den Ausschussberatungen keine Mehrheit erhalten. Bei der Kernbrennstoffsteuer hat der Finanzausschuss des Bundesrates einstimmig den Vermittlungsausschuss angerufen, weil die Länder und Kommunen mit finanziellen Einbußen durch die Absetzbarkeit der Kernbrennstoffsteuer zu rechnen haben. Außerdem steht ein vom Rechtsausschuss mehrheitlich verabschiedeter Antrag zur Abstimmung, der feststellt, dass es sich bei der Laufzeitverlängerung um ein zustimmungspflichtiges Gesetz handele. Darüber hinaus werden Anträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses, insbesondere zur Laufzeitverlängerung wieder als Plenaranträge gestellt, die in den Ausschussberatungen keine Mehrheit gefunden haben.

Führerschein ab 17 wird Standard – Hamburg setzt sich für Modellversuch zur Kennzeichnung von Anfänger-Fahrzeugen ein

Hamburg unterstützt den Vorschlag der Bundesregierung, das Modell „Begleitetes Fahren ab 17“ dauerhaft einzuführen. Die bisher gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass das anfängliche Fahren in Begleitung eines erfahrenen Führerscheininhabers einen deutlichen Gewinn für die Verkehrssicherheit der jungen Fahranfängerinnen und Fahranfänger bringt.

Innensenator Heino Vahldieck: „Daneben sind wir aufgerufen, auch in anderen Feldern nach Möglichkeiten zu suchen, die nach wie vor überproportional hohe Unfallbeteiligung junger Fahrer zu senken. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Vorschlag des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, einen Modellversuch zur Kennzeichnung von Fahrzeugen durchzuführen, die von Fahranfängern geführt werden.“

Restrukturierungsgesetz soll Banken zur Verantwortung ziehen – Bundesrat sieht noch Nachbesserungsbedarf

Um in Zukunft Finanzmarktkrisen präventiv begegnen zu können und im Krisenfall handlungsfähig zu sein, wurde vom Bundestag das Restrukturierungsgesetz beschlossen. Darin ist vorgesehen, ein besonderes Reorganisationsverfahren einzuführen, das systemrelevante Banken im Falle einer Sanierung und Reorganisation unterstützt. Damit zukünftig nicht der Steuerzahler für derartige Restrukturierungsmaßnahmen aufkommen muss, sollen Kreditinstitute eine Bankenabgabe zahlen, die in einen Restrukturierungsfonds als Sondervermögen des Bundes fließt. Der Bundesrat teilt die grundsätzliche Auffassung, dass die finanziellen Mittel, die für die Restrukturierung und geordnete Abwicklung einer systemrelevanten Bank regelmäßig erforderlich sind, künftig vorrangig durch den Finanzsektor bereit gestellt werden sollen. Er spricht sich aber dennoch mit Unterstützung Hamburgs für Änderungen aus und will daher aus mehreren Gründen den Vermittlungsausschuss anrufen. So sollen Bürgschaftsbanken, deren Tätigkeit sich auf Maßnahmen der Wirtschaftsförderung beschränkt, gegenüber dem Restrukturierungsfonds beitragsbefreit werden. Auch Kreditinstitute, die den Sicherungen der regionalen Sparkassen- und Giroverbände oder der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken angeschlossen sind, sollen von der Bankenabgabe befreit sein. Sie verfügten über funktionierende Sicherungseinrichtungen, die für ausreichende Liquidität und Solvenz sorgten und damit die Systemrisiken umfassend absicherten. Ferner fordert der Bundesrat, dass eine Rechtsverordnung der Bundesregierung zum Gesetz, die sich vor allem mit der Festlegung des Beitragssatzes der Bankenabgabe befasst, seiner Zustimmung bedürfe.

Regelsätze werden neu berechnet

Der Bundesrat befasst sich auch mit dem Entwurf des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des SGB II und SGB XII befasst. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 9. Februar 2010 eine Neubemessung der Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen gefordert. Diesen Auftrag setzt der Bundesgesetzgeber mit dem nun vorgelegten Gesetzesentwurf um. Die neuen Regelbedarfe werden jetzt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens ermittelt.

Hamburg fordert hohe Datenschutzstandards bei der Datenübermittlung zwischen der EU und den USA

Zwischen der EU und den USA soll ein Rahmenabkommen Datenschutz geschlossen werden, in dem grundsätzliche Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen getroffen werden. Dabei sollen Datenschutzstandards vorgegeben werden, die z. B. bei der Übermittlung von Zahlungsverkehrs- oder Fluggastdaten einzuhalten sind. Hamburg fordert die Bundesregierung mit einem entschließungsantrag auf, bei den Verhandlungen zu diesem Abkommen darauf hinzuwirken, dass die aufzunehmenden Datenschutzregeln höchsten Standards entsprechen. Es soll eine strikte Zweckbindung der Datenübermittlung ausschließlich für die justizielle Zusammenarbeit festgeschrieben werden. In Fällen, in denen die Todesstrafe droht, soll die Datenermittlung ausgeschlossen sein.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

25. November 2010/bwa25

Umfangreiche Kooperationen mit der chinesischen Reederei COSCO beschlossen

Bei einem Gespräch zwischen Hamburgs Erstem Bürgermeister Christoph Ahlhaus und einer Delegation der chinesischen Reederei COSCO unter Leitung ihres Vorstandsvorsitzenden Capt. Wei Jiafu, an dem auch Wirtschaftssenator Karan und hochrangige Hafen- und Wirtschaftsvertreter wie Handelskammer-Präses Horch und HPA-Geschäftsführer Meier teilgenommen haben, wurden umfangreiche Kooperationen besprochen und beschlossen.

Erörtert wurden u.a. die Möglichkeiten einer Minderheitsbeteiligung von COSCO oder einer anderen Reederei des zu COSCO zählenden Konsortiums an einem Terminal im Hamburger Hafen. Auf Wunsch von Wirtschaftssenator Karan erklärte sich Capt. Wei Jiafu bereit, seinen Einfluss in China geltend zu machen, damit sich eine Niederlassung einer chinesischen Großbank in Hamburg ansiedelt, um insbesondere die Finanzierung von Schifffahrtsfirmen zu gewährleisten. Der COSCO-Vorstandsvorsitzende erklärte weiterhin, chinesischen Konzernen Hamburg als Standort für ihren europäischen Firmensitz zu empfehlen, wenn diese auf der Suche nach einem neuen Niederlassungsort seien. Grundsätzlich sagten sich Capt. Wei Jiafu und Christoph Ahlhaus gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen zu.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

E-Mail: Pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

26. November 2010/bwa26

Hamburg nimmt erste Hürde bei Umsetzung der europäischen Chemikalienverordnung REACH

REACH, die europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe, verpflichtet Hersteller und Importeure von Chemikalien, bis Mitte 2018, chemische Stoffe zu analysieren und Daten zu Stoffeigenschaften und Expositionen zu sammeln, Sicherheitsbewertungen vorzunehmen sowie ggf. Maßnahmen zur Risikominderung vorzuschlagen. Am **30. November 2010 endet die erste Registrierungsfrist**. Viele Hersteller und Importeure in Hamburg haben in den vergangenen Wochen mit Hochdruck an der Fertigstellung der umfangreichen Registrierungs-dossiers für hochvolumige Stoffe oder gefährliche Stoffe gearbeitet.

Im Rahmen des von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit geförderten und von vielen Akteuren aus Kammern, Verbänden, Unternehmen und Behörden gemeinsam getragenen **REACH Hamburg-Netzwerkes** wird am 29. November 2010 ab 13 Uhr im ELBCAMPUS Bilanz gezogen (Tagesordnung und Anmeldeinformationen über www.reach.hamburg.de). Hamburger Unternehmen informieren in diesem Rahmen über ihre Erfahrungen mit der Umsetzung von REACH und geben Empfehlungen für zukünftige Anforderungen.

Zugleich endet mit Ablauf dieses Jahres auch die öffentliche Förderung des REACH Hamburg-Netzwerkes. Unter der inhaltlichen und organisatorischen Leitung der Ökopol GmbH wurde der Umsetzungsprozess über fast vier Jahre begleitet, um am Standort Hamburg die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen zu erhalten und somit auch Beschäftigung zu sichern. Über die wichtige Phase der Vorregistrierung im Jahr 2008 sowie die jetzt an-stehende erste Registrierung wurde durch verschiedene Unterstützungs- und Kommunikationselemente versucht, den Unternehmen Informationen und praktische Lösungsansätze zu bieten und regionaler Kristallisationspunkt zu sein. Nach ersten Einschätzungen der beteiligten Akteure ist dies in hervorragender Weise gelungen. Eine eigenständige Fortführung der Netzwerkaktivitäten wird angestrebt und derzeit geprüft.

Der **Senator für Wirtschaft und Arbeit, Ian Karan**, begrüßt die Bereitschaft der Beteiligten, das Netzwerk aufrecht zu erhalten: „Eine Fortsetzung von REACH Hamburg wäre für uns Lob und Bestätigung zugleich, mit diesem doch einmaligen Projekt zur Unterstützung der Umsetzung von EU-Recht die richtigen Impulse gesetzt zu haben.“

Zudem sieht Senator Karan in einer guten Vernetzung der Betroffenen die Chance, auch weiterhin von den gegenseitigen Erfahrungen zu profitieren und so zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg beizutragen.

Über REACH:

Die EU-Chemikalienverordnung Nr. 1907/2006 (REACH) ist am 1. Juni 2007 in Kraft getreten. REACH steht für **R**egistration, **E**valuation, **A**uthorisation and **R**estriction of **C**hemicals, mithin für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien. Als EU-Verordnung besitzt REACH gleichermaßen und unmittelbar in allen Mitgliedstaaten Gültigkeit. Durch REACH wird das bisherige Chemikalienrecht grundlegend harmonisiert und vereinfacht. REACH verpflichtet Hersteller und Importeure von Chemikalien, bis Mitte 2018 chemische Stoffe zu analysieren und Daten zu Stoffeigenschaften und Expositionen zu sammeln, Sicherheitsbewertungen vorzunehmen sowie ggf. Maßnahmen zur Risikominderung vorzuschlagen. Besonders besorgniserregende Stoffe müssen darüber hinaus ein Zulassungsverfahren durchlaufen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

E-Mail: Pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

26.November 2010/bwa26a

Luftfahrtindustrie zeigt Stärken und Innovationen

Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen informiert sich in Hamburg über Forschungsstand des Spitzenclusters

Hamburg, 26. November 2010 – Gut zwei Jahre ist es her, dass das Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg mit seiner Strategie „Neues Fliegen“ zum Spitzencluster gekürt wurde und mit 40 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Rückenwind für ausgewählte Forschungsprojekte bekam. Heute hat sich die Staatssekretärin im BMBF, Cornelia Quennet-Thielen, persönlich über den Forschungsstand der Spitzencluster-Projekte informiert. Zunächst besuchte sie gemeinsam mit dem Staatsrat der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA), Peter Wenzel, das Brennstoffzellenlabor von Aerotec in Finkenwerder. Hier erforscht Airbus mit Verbundpartnern den ressourcenschonenden Einsatz von Brennstoffzellen zur Energieversorgung in Verkehrsflugzeugen. Anschließend ließ sich die Staatssekretärin auf einem Marktplatz der Innovationen im benachbarten Technologiezentrum Finkenwerder von den dort ausstellenden Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen die ersten messbaren Ergebnisse ihrer Forschung präsentieren. In den Projekten geht es beispielhaft um den Einsatz und die Reparatur neuer Verbundwerkstoffe, um akustische und klimatische Verbesserungen in der Kabine sowie um Prozessoptimierungen am Flughafen.

Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen (BMBF) zeigte sich beeindruckt sowohl von der Vernetzung der Beteiligten als auch von der Luftfahrttechnologie „Made in Hamburg“: "Innovationen brauchen Kreativität und Kooperationen. Der Luftfahrtcluster verfolgt eine überzeugende Strategie, um Hamburg zu einem der führenden Entwicklungsstandorte und weltweit wichtigsten Zentren für die Aus- und Weiterbildung in der Luftfahrt zu machen."

Das Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg hat auch dank der Bundesförderung im Spitzencluster-Wettbewerb große Fortschritte gemacht: Unter der Vision vom „Neuen Fliegen“ entwickeln die Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung Produkte und Dienstleistungen, die das Fliegen ökonomischer, ökologischer, komfortabler, zuverlässiger und flexibler machen. **Peter Wenzel, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Arbeit:** „Der Spitzencluster-Wettbewerb hat uns alle beflügelt. Wir arbeiten noch enger und effizienter unter klaren, gemeinsamen Zielen. Das ist gut für die Unternehmen, für die Hochschulen und die anderen Partner. Es schafft sichere, hochqualifizierte Arbeitsplätze und ist damit gut für Hamburg und die gesamte Metropolregion.“

Bilder der Veranstaltung stehen auf der Seite www.hamburg.de/luftfahrt zur Verfügung.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841-2239

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

22. November 2010/bsu22

Senat informiert über Stand der Planungen zur Stadtbahn

BSU richtet „Bürgerforum Stadtbahn“ ein – Gutachten bestätigt Nutzen der Stadtbahn

Der Senat wird in seiner morgigen Sitzung eine Mitteilung an die Bürgerschaft über den Stand der Planungen zum Bau der Stadtbahn in Hamburg beschließen. Zudem wird die Hochbahn beauftragt, vorbehaltlich des erfolgreichen Abschlusses des Planfeststellungsverfahrens und der endgültigen Zusage des Bundes über die Förderung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), den Bau des ersten Bauabschnittes vom Bramfelder-Dorfplatz bis zur Kellinghusenstraße weiter vorzubereiten. Für den zweiten Bauabschnitt von der Kellinghusenstraße zum Bahnhof Altona soll die Hochbahn die Genehmigungsplanung einleiten und für die Auswahl eines dritten und vierten Bauabschnitts mit der vertiefenden Netzuntersuchung beginnen. In einem „Bürgerforum Stadtbahn“ sollen zudem die Planungen zur Stadtbahn einer breiten Öffentlichkeit dargestellt und zur Diskussion erläutert werden.

„Mit dem Beschluss schafft der Senat die Voraussetzung, um für den Bau der Stadtbahn die Planungstiefe zu bekommen, die Grundlage für die Finanzierungsentscheidung des Bundes und damit auch für unsere endgültige Entscheidung für den Bau der Stadtbahn ist. Die Stadtbahn ist eine notwendige Investition, damit die Verkehrsinfrastruktur in Hamburg den Anforderungen einer wachsenden Stadt und dem Mobilitätsbedürfnis auch in Zukunft gerecht wird. Eine Entscheidung von solcher Tragweite muss mit Sorgfalt und auf breiter Grundlage getroffen werden. Wir wollen daher mit der heutigen Entscheidung nicht nur die notwendige Planungssicherheit schaffen, sondern auch noch mehr Transparenz bei der Planung schaffen. Bis Sommer nächsten Jahres wollen wir in einem ‚Bürgerforum Stadtbahn‘ ausführlich über den Stand der Planungen informieren und die Entscheidung zum Bau einer Stadtbahn offen und breit diskutieren,“ sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG: „Seit Jahren verzeichnet der Nahverkehr in Hamburg stark steigende Fahrgastzahlen. Dieser Trend wird sich fortsetzen, denn Hamburg wächst weiter und die innerstädtischen Mobilitätsansprüche steigen. Das Bussystem, das schon heute auf bestimmten Abschnitten hochbelastet ist, wird in einigen Jahren an vielen Stellen die Grenze der Leistungsfähigkeit erreichen und überschreiten. Wenn wir die Fahrgäste nicht an den Bushaltestellen stehen lassen wollen, müssen wir die Beförderungskapazität erhöhen. Weil aber auf diesen Strecken der Bau einer U-Bahn überdimensioniert und wirtschaftlich nicht vertretbar wäre, ist die Stadtbahn auf den Strecken des Zielnetzes das optimale Verkehrsmittel. Dieser Schritt, den auch alle anderen wichtigen europäischen Metropolen getan haben, ist für die Funktionsfähigkeit innerstädtischen Lebens, aber auch für die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze in Hamburg zwingend.“

Bis Sommer nächsten Jahres soll im Bürgerforum Stadtbahn der Stand der Planungen einer breiten Öffentlichkeit dargelegt und diskutiert werden. Dabei sollen mit Experten, Befürwortern und Gegnern unter anderem Fragen zur Notwendigkeit, zur Finanzierung, zur Stadtverträglichkeit einer Stadtbahn und zur Zukunft des Stadtverkehrs insgesamt diskutiert werden. Die Ergebnisse der Diskussion sollen in die weiteren Planungen einfließen.

Um die Kapazitäten im Öffentlichen Personennahverkehr den steigenden Fahrgastzahlen anzupassen ist ein Stadtbahnnetz von über 50 Kilometern Länge geplant. Dieses soll das vorhandene Schienennetz insbesondere dort sinnvoll ergänzen, wo die Kapazitäten der Busse zum Teil schon heute nicht mehr ausreichen. Die erste rund 14 Kilometer lange Strecke soll vom Bramfelder Dorfplatz bis zum Bahnhof Altona führen.

Im Sommer diesen Jahres hatte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zusammen mit der Hochbahn die genaue Kostenberechnung für den ersten Bauabschnitt vom Bramfelder Dorfplatz bis zur Kellinghusenstraße vorgelegt. Diese beläuft sich auf 338 Millionen Euro, inklusive der Fahrzeuge und des Betriebshofes sowie allen Begleitmaßnahmen. Die Kosten verteilen sich auf den Bund, die Hochbahn und Hamburg. Auf Grundlage dieser genauen Berechnung liegt nun eine erste überschlägige Kostenschätzung für die ersten vier Bauabschnitte mit einer Gesamtlänge von rund 28 Kilometern vor. Für diese ersten vier Bauabschnitte ist von Gesamtkosten in Höhe von rund einer Milliarde Euro für Bund, Hochbahn und Hamburg auszugehen, davon rund 394 Millionen Euro für den allgemeinen Hamburger Haushalt. Diese Kosten verteilen sich im Haushalt über mehr als zehn Jahre. Senat und Bürgerschaft werden jeweils bei Erreichen der erforderlichen Planungstiefe je Bauabschnitt erneut befasst.

Voraussetzung für den Bau ist eine Mitfinanzierung durch den Bund. Dieser wird erst hierüber entscheiden können, wenn die erforderliche Planungstiefe erreicht ist. Der notwendige Antrag kann daher voraussichtlich erst im Frühjahr 2011, nach Anhörung im Planfeststellungsverfahren gestellt werden. Eine weitere Voraussetzung für die Mitfinanzierung ist, dass nach einem bundesweit einheitlichen Verfahren von einem unabhängigen Gutachter für die Baumaßnahme ein Nutzen-Kosten-Faktor mit einem Wert über 1 belegt wird. Das Ergebnis dieses Gutachtens liegt nun vor und bestätigt bereits für die erste Strecke von Bramfeld nach Altona den wirtschaftlichen Sinn der Stadtbahn mit einem Nutzen-Kosten-Faktor von 1,18. Zu diesem positiven Ergebnis hat unter anderem eine prognostizierte Fahrgastzahl von 74.000 Nutzern pro Tag geführt und eine vorhergesagte Verlagerung von rund 12.000 Fahrten pro Tag vom Auto auf den ÖPNV. Dadurch wird auch der Straßenverkehr entlastet und der CO₂-Ausstoß verringert sich pro Jahr um rund 2.650 Tonnen.

Weitere Infos: <http://www.hamburg.de/stadtbahn> und <http://stadtbahn.hochbahn.de>

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 2051, -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu

23. November 2010/pr23

Auftakt zur Modellregion Elektromobilität Hamburg: **Hamburg fährt elektrisch!**

Sauber und leise auf Hamburgs Straßen. Mit dem heutigen Tag stellt Hamburg die Weichen für eine künftig wachsende Flotte batteriebetriebener Elektroautos. Ihren Ladestrom können sie nicht nur auf privaten oder betrieblichen Flächen, sondern auch an öffentlich zugänglichen Ladesäulen beziehen. Die Fahrzeuge fahren faktisch emissionsfrei, denn ihr Strombedarf wird an den Ladesäulen ausschließlich aus erneuerbaren Energien gedeckt.

Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus hat das Modellprojekt heute gemeinsam mit Stadtentwicklungs- und Umweltsenatorin Anja Hajduk, Abteilungsleiter Dr. Veit Steinle vom Bundesverkehrsministerium und Prof. Herbert Kohler, dem Leiter E-Drive & Future Mobility der Daimler AG, öffentlich vorgestellt.

Bürgermeister Christoph Ahlhaus: „Der Einsatz von rein elektrischen Batteriefahrzeugen, die an Ladesäulen mit grünem Strom versorgt werden können, ist ein wichtiger Schritt zu noch mehr Lebensqualität in unserer Stadt. Ich danke der Bundesregierung und unseren Partnern aus Wirtschaft und Industrie für ihre tatkräftige Mitwirkung bei diesem Vorhaben. Für Hamburg als Europäische Umwelthauptstadt 2011 ist es ein wichtiges Signal für Innovation und Klimaschutz.“

Hamburg ist eine von acht bundesdeutschen Modellregionen zur Erprobung batteriebetriebener Elektromobilität, die vom Bundesverkehrsministerium im Rahmen des Konjunkturprogramms II gefördert werden.

Bundesminister Peter Ramsauer: „Wenn wir bis 2020 mindestens eine Million Elektroautos auf deutsche Straßen bringen wollen, brauchen wir marktfähige Produkte, die sich auch unter Alltagsbedingungen bewähren. In unseren Modellregionen prüfen wir den Einsatz von Elektromobilität in über 200 Projekten auf Herz und Nieren. Und da stellen sich wichtige Fragen: Werden die E-Autos von den Nutzern angenommen? Sind sie zufrieden? Welche Auswirkungen haben die Stromer auf die Umwelt? Wir wollen keine E-Fahrzeuge auf dem Reißbrett, sondern auf der Straße. Außerdem wollen wir, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität wird. Damit sichern wir nicht nur Mobilität, sondern auch die Arbeitsplätze der Zukunft.“

Im Namen des Daimler-Vorstands übergab Prof. Herbert Kohler heute Fahrzeuge vom Typ smart fortwo electric drive an die ersten Nutzer vor Ort. Neben der Stadt Hamburg mit ihren Tochtergesellschaften HOCHBAHN und HAMBURG ENERGIE haben auch Vattenfall Europe und die Handelskammer Hamburg, stellvertretend für die Hamburger Wirtschaft, jeweils ein erstes Elektroauto entgegen genommen.

Prof. Herbert Kohler „Wir sind überzeugt davon, dass Elektroautos einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Mobilität leisten können. Deshalb bringen wir jetzt unsere ersten Serienmodelle mit elektrischem Antrieb auf die Straße. Unser Ziel ist, auch im Bereich der Elektromobilität maßgeschneiderte Fahrzeugkonzepte anzubieten, um alle Mobilitätsansprüche unserer Kunden zu erfüllen“.

Stadtentwicklungs- und Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Der Verkehr der Zukunft muss mit Blick auf die endlichen Ressourcen weg vom Öl kommen. Damit wird der Verkehr klimafreundlicher, stadtverträglicher und zukunftsfähig. Hamburg geht konsequent in die richtige Richtung, indem wir nicht nur im Öffentlichen Personennahverkehr auf Elektromobilität aus erneuerbaren Energien setzen, sondern das jetzt auch im Autoverkehr mit den ersten Elektrofahrzeugen und Ladesäulen tun.“

Im Anschluss wurde am Alten Wall in unmittelbarer Nähe des Hamburger Rathauses die erste öffentliche Stromladesäule für Batteriefahrzeuge in Betrieb genommen. Betreiber der Stromladesäulen in Hamburg sind HAMBURG ENERGIE, Vattenfall Europe und DB Energie. Ihren Vertretern, Dr. Michael Beckereit (HAMBURG ENERGIE), Pieter Wasmuth (Vattenfall Europe) und Prof. Andreas Knie (Bereichsleiter Intermodale Angebote DB Rent GmbH) dankte Bürgermeister Ahlhaus für Ihr großes Engagement in der Hansestadt.

Hintergrund:

Zu den Förderprojekten in der Modellregion Hamburg gehören neben der Erprobung von Elektroautos verschiedener Hersteller auch serielle dieselelektrische Hybridbusse, die bereits bei der HOCHBAHN eingesetzt werden.

Mit 50 smart fortwo electric drive stellt Daimler das größte Fahrzeugkontingent. Fahrzeuge weiterer Anbieter kommen im Frühjahr 2011. Die Elektroautos werden überwiegend in Flotten bei den Projektpartnern aber auch weiteren namhaften Unternehmen aus Handel, Logistik, Hafengewirtschaft sowie Handwerksbetrieben eingesetzt. Ab 2011 werden die Flotten um weitere Fahrzeuge größerer Leistungsklassen ergänzt. Dann werden auch weitere Wasserstoffautos und -busse eingesetzt.

In Hamburg wurde durch Senatsbeschluss zum städtischen Klimaschutzprogramm festgelegt, dass beim Betrieb von Ladesäulen für Batteriefahrzeuge drei verbindliche Qualitätskriterien zu beachten sind: Ladesäulen im öffentlichen Straßenraum müssen stadtverträglich sein, ausschließlich regenerativ erzeugten Strom anbieten und für Kunden aller Stromanbieter nutzbar sein.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer ist mit der Suche und Bewertung der Standorte im öffentlichen Raum beauftragt und bereitet die von den Projektbeteiligten ausgewählten Standorte vor. Bis zum Sommer kommenden Jahres werden in Hamburg an bis zu 50 Standorten im Straßenraum, in städtischen Parkhäusern oder auf öffentlichen Park-and-Ride-Flächen Stromladesäulen für Elektroautos errichtet. Betreiber werden die Projektpartner HAMBURG ENERGIE und Vattenfall Europe sein. An den drei Fernbahnhöfen in der Hamburger Innenstadt werden Ladesäulen durch die DB Energie betrieben.

Mehr aktuelle Informationen finden sie im Internet unter:

www.elektromobilitaethamburg.de

Dort stehen auch Fotos zur Presseveranstaltung und zum Projekt zum Download bereit.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Kontakt: Behörde f.Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, (040) 42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de

25. November 2010/bsu25

Rettungsversuch für den Eichbaumsee

„Bentophos“ soll Phosphor binden

Der Eichbaumsee ist seit 2008 für den Badebetrieb gesperrt. Grund ist immer wieder auftretendes massives Algenwachstum - verursacht vor allem durch gelösten Phosphor, der überwiegend aus den Sedimenten am Seeboden stammt.

Jetzt startet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen weiteren Sanierungsversuch. Rund 150 Tonnen „Bentophos“ werden über mehrere Tage im See gleichmäßig verteilt. Dieser Stoff bindet den Phosphor, der hauptverantwortlich für das immer wieder auftretende Massenwachstum von Blaualgen ist. Die Kosten von rund 520.000 Euro werden zu mehr als 90 Prozent aus Mitteln des Konjunkturprogramms II des Bundes bezahlt. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) finanziert mit rund 50.000 Euro ein Monitoring-Programm, um die Wirkung von „Bentophos“ zu dokumentieren.

Die BSU unterstreicht mit dem Bentophos-Projekt, dass sie nichts unversucht lassen möchte, um den Zustand des Eichbaumsees zu verbessern und damit einen der beliebtesten Hamburger Badeseen zu retten. Das aus Naturstoffen bestehende „Bentophos“ wurde in Schleswig-Holstein und Niedersachsen bereits erfolgreich eingesetzt. Das trockene Granulat wird mit Wasser aufgeschlämmt und über der gesamten Seeoberfläche von einer schwimmenden Arbeitsplattform aus durch ein Verteilerrohr ausgebracht. Während des Herabsinkens auf den Seeboden bindet das „Bentophos“ den Phosphor chemisch an sich. Außerdem verhindert das sich am Gewässergrund ablagernde „Bentophos“ eine weitere Freisetzung von Phosphor aus den Sedimenten, wodurch eine Nachlieferung wirksam unterbunden wird.

Der Eichbaumsee ist ein Baggersee, der vor ca. 40 Jahren durch Kiesabbau im Bereich einer Flussschleife der Dove Elbe entstand. Aus dieser Zeit vorhandene Flussbettsedimente reichern das Seewasser immer wieder mit Nährstoffen - besonders Phosphor an -, die seit den 1980er Jahren massive Algenblüten verursachen. Restaurierungsversuche des Eichbaumsees laufen seit 1990 - trotzdem musste er immer wieder für den Badebetrieb geschlossen werden.

Weitere Infos: www.hamburg.de/badegewaesser

Kontakt: Pressestelle Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, T: (040)42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu

26.11.2010/bsu26

Eine Erfolgsgeschichte geht weiter: 1.000.000. StadtRAD-Fahrt

Erste Station in der Hafencity ist fertig – iPhone-App für StadtRAD

Die Erfolgsgeschichte von StadtRAD Hamburg geht weiter. Diese Woche hat die millionste Fahrt mit einem StadtRAD stattgefunden. Damit haben die derzeit 74.572 Nutzer des Hamburger Fahrradleihsystems seit Einführung am 10. Juli 2009 jeden Tag durchschnittlich fast 2.000 Fahrten unternommen. Im Sommermonat Juli 2010 waren es sogar rund 4.000 Fahrten täglich.

Zudem ist diese Woche die 72. StadtRAD-Station in Betrieb gegangen. Mit der Station „Unilever Strandkai 1“ hat jetzt endlich auch die Hafencity die erste eigene Station. Die Leihstation mit Platz für 24 Räder befindet sich vor dem Unilever-Gebäude am südlichen Ende des Großen Grasbrooks / Marco-Polo-Terrassen. Damit ist jetzt auch die erste StadtRAD-Station in Betrieb gegangen, die in Kooperation mit einem Unternehmen entstanden ist. Unilever hat sich an den Investitionskosten beteiligt.

Auch mobil ist der Service von StadtRAD Hamburg weiter ausgebaut worden. Ab sofort kann über eine eigene kostenlose iPhone-App für jede Station mobil die Anzahl der zur Verfügung stehenden Fahrräder abgerufen werden und kann ein Fahrrad auch vorgebucht werden. Ein entsprechender Service für andere Smartphones wird ebenfalls in Kürze in Betrieb gehen.

Weitere Infos: <http://stadtrad.hamburg.de>

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Enno Isermann (Pressesprecher)

Tel. 040 / 42 840-2051, enno.isermann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu

26. November 2010/bsb26

Hamburgs erste Klimaschulen ernannt Bildungssenatorin Christa Goetsch gratuliert

Wenn im kommenden Jahr Hamburg Umwelthauptstadt Europas ist, leisten 19 allgemeinbildende Schulen einen großen Beitrag zum Klimaschutz unserer Stadt. Ein Jahr lang haben sie einen schuleigenen Klimaschutzplan eigenverantwortlich entwickelt und werden die geplanten Maßnahmen ab sofort umsetzen – auch über 2011 hinaus. Das ist bundesweit bisher einmalig. Dafür erhielten die Schulen heute von Bildungssenatorin Christa Goetsch den Titel und das Gütesiegel „Klimaschule“.

Bildungssenatorin Christa Goetsch: „Ich gratuliere den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrkräften für ihr großes Engagement für den Klimaschutz. Das gesamte Konzept ist nicht nur bundesweit vorbildlich, sondern hat sogar über die Grenzen Deutschlands hinaus Vorzeigecharakter.“

Fast 200 pädagogische und technische Maßnahmen wollen die Klimaschulen im kommenden Jahr umsetzen. So beheizt die Stadtteilschule Lohbrügge ihre Räume im Altbau zukünftig durch eine Einzelraumsteuerung. In vielen Schulen kontrollieren Schüler-Klimadetektive mit Hilfe von CO₂-Ampeln die Lüftungsintervalle. Solaranlagen auf Dächern sind deutliche Zeichen der klimaaktiven Schulen. Mit einer Wärmebildkamera werden Schwachstellen an Gebäuden ermittelt. Und Schulkantinen reduzieren den Fleischanteil durch gesunde „Veggie-Days“. Mit all diesen Maßnahmen würden die Schulen etwa 520 Tonnen CO₂ einsparen, so viel wie eine große Hamburger Schule pro Jahr durch Strom und Heizenergie freisetzt. Damit könnten auch 1.000 Menschen von Berlin nach London fliegen oder ein durchschnittlicher PKW 73 Mal die Erde umkreisen.

Die Auszeichnung fand im Rahmen der 4. Hamburger Klimaschutztage statt. Vom 24. bis 26. November stand besonders das Engagement der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Nach einem Schüler-Klimagipfel öffneten viele Schulen ihre Türen, um ihren Beitrag zum Klimaschutz zu zeigen. Am dritten Tag wurden zudem zehn Hamburger „Klimabären“ als Auszeichnung für erfolgreiche Einzelmaßnahmen an Schulen sowie ein „Klimabär“ für das persönliche Engagement eines Schulhausmeisters überreicht.

Das Gütesiegel Klimaschule

Das Gütesiegel „Klimaschule“ wird jeweils für zwei Jahre vergeben. Um es zu erneuern, muss die Schule die Klimaschutzaktivitäten tatsächlich umgesetzt haben und den Klimaschutzplan erfolgreich fortschreiben. Ein Projektteam des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) unterstützt sie dabei. Ab Februar 2011 übernehmen 22 weitere Schulen dauerhaft die Verantwortung für den Klimaschutz an ihrer Schule. Mehr Informationen unter www.li-hamburg.de/klimaschutz und www.li-hamburg.de/klimaschutztag.

Das erste Gütesiegel „Klimaschule“ erhielten:

1. Albrecht-Thaer-Gymnasium
2. Geschwister-Scholl-Stadtteilschule
3. Grundschule Müssenredder
4. Grundschule Prassekstraße
5. Grundschule Rönneburg
6. Gymnasium Allee
7. Gymnasium Oberalster
8. Gymnasium Oldenfelde
9. Gymnasium Osterbek
10. Heinrich-Hertz-Schule
11. Lise-Meitner-Gymnasium
12. Otto-Hahn-Schule
13. Schule Lokstedter Damm
14. Stadtteilschule Lohbrügge
15. Stadtteilschule Am Heidberg
16. Stadtteilschule Barmbek (Standort Krausestraße)
17. Stadtteilschule Hamburg-Mitte (Standort Lohmühle)
18. Stadtteilschule Harburg
19. Stadtteilschule Walddörfer

Den Hamburger „Klimabären 2010“ erhielten:

1. Schule Ernst-Henning-Straße (Kategorie: Andere Aktivitäten)
2. G 17, Staatliche Gewerbeschule Werft und Hafen (Kategorie: Regenerative Energien)
3. Goethe Gymnasium (Kategorie: Heizenergie)
4. H10, Göhlbachtal (Kategorie: Elektroenergie)
5. H9, Wendenstraße (Kategorie: Heizenergie)
6. Lise-Meitner-Gymnasium (Kategorie: Andere Aktivitäten)
7. Otto-Hahn-Schule (Kategorie: Mehrjähriges Engagement)
8. Schule An den Teichwiesen (Kategorie: Kurzfristig hohe Einsparungen)
9. Stadtteilschule Barmbek (Kategorie: Gebäudetechnik)
10. W2, Uferstraße (Kategorie: Andere Aktivitäten)
11. Herr Remer, Hausmeister der Kurt-Juster Schule (Sonderpreis: persönliches Engagement)

Presserückfragen:

Melanie Nickel
Pressestelle der Behörde für Schule und
Berufsbildung
T: 040 / 42863 3497
F: 040 / 427966 148
E: Melanie.Nickel@bsb.hamburg.de

Inhaltliche Rückfragen:

Christine Stecker
Öffentlichkeitsarbeit Projekt „Klimaschutz an
Schulen“
Landesinstitut für Lehrerbildung und
Schulentwicklung
T: 040 / 428842-344
M: 0172 / 5132613
E: christine.stecker@li-hamburg.de

23. November 2010/bsg23

Ausbau wohnortnaher Hilfe in der Altersmedizin und für Schlaganfall-Patienten

Gesundheitssenator Wersich legt Krankenhausplan bis 2015 vor

Bedarfsgerechter Ausbau der wohnortnahen Versorgung in der Altersmedizin sowie für Schlaganfallpatienten und insgesamt ein leichter Anstieg der Bettenzahlen in den Hamburger Krankenhäusern – so die Eckpunkte des neuen Krankenhausplans 2015, den Gesundheitssenator Dietrich Wersich heute dem Senat vorgelegt hat. Ziel der Krankenhausplanung ist, gemäß den Vorgaben des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die Sicherstellung der Krankenhausversorgung für die Hamburger Bevölkerung und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der hierfür erforderlichen Strukturen.

„Mit dem neuen Krankenhausplan, dessen Laufzeit von 2011 bis 2015 reicht, berücksichtigen wir den tatsächlichen Anstieg der Inanspruchnahme der Hamburger Krankenhäuser und setzen gezielt Schwerpunkte in der wohnortnahen Versorgung“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Erstmals seit Längerem haben wir mit einem Plus von 1,4 Prozent gegenüber 2011 wieder einen leichten Anstieg der Bettenzahl auf dann etwa 11.800 in den Hamburger Plankrankenhäusern. Damit wird Hamburg auch in Zukunft seiner Metropolposition gerecht, um auch die vielen Patienten aus dem Umland bestmöglich versorgen zu können. Denn wenngleich die Liegedauern der Patientinnen und Patienten aus Hamburg aufgrund des sehr guten ambulanten Angebotes in der Stadt immer kürzer werden, so verzeichnen wir auch eine höhere Inanspruchnahme durch Menschen aus dem Umland. Insgesamt machen sie bereits über ein Viertel aus.“

Ein Schwerpunkt des Krankenhausplans 2015 der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) ist u.a. der bedarfsgerechte Ausbau der geriatrischen Versorgung durch wohnortnahe Versorgungsangebote, z.B. durch ein neues Angebot im Bethesda Krankenhaus Bergedorf oder den Ausbau im Asklepios Westklinikum Hamburg und im Katholischen Marienkrankenhaus. Ebenso wohnortnah wird die neurologisch-neurochirurgische Frührehabilitation, insbesondere nach Schlaganfällen, durch die Erweiterungen u.a. in der Schön Klinik Eilbek oder im Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand, ergänzt. Daneben wird ein ergänzendes teilstationäres Versorgungsangebot in der Suchtstation für Jugendliche in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) mit sieben Behandlungsplätzen realisiert. Auch der Vollzug der bereits im Zuge der Umsetzung des Krankenhausplans 2010 vorgesehenen zweiten Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Kath-

Kinderkrankenhauses Wilhelmstift in Langenhorn mit zwölf teilstationären Behandlungsplätzen ist in der neuen Planung berücksichtigt. Insgesamt ist im Rahmen des Krankenhausplans 2015 ab 1. Januar 2011 ein Soll von 11.344 vollstationären Betten und 963 teilstationären Behandlungsplätzen vorgesehen.

„Wir wollen ein wohnortnahes Angebot schaffen ohne über die Krankenhausplanung eine Patientenlenkung vorzunehmen. Krankenhausplanung orientiert sich am tatsächliche Bedarf der Menschen in Hamburg und im Umland, nicht an den Wachstumszielen der Krankenhäuser“, so **Gesundheitssenator Wersich**. „Entsprechend haben wir im Krankenhausplan nicht allen Erweiterungswünschen zugestimmt.“ Ausgesetzt wurde vorerst die Entscheidung über eine Erweiterung der Kapazitäten in der Psychiatrie/ Psychotherapie, Psychosomatik und Kinder- und Jugendpsychiatrie. „Wir haben Zweifel, ob in diesen Bereichen ein Ausbau nötig ist, der weder durch Fallzahlsteigerungen, noch durch die Liegedauer gestützt wird. Deshalb haben wir uns mit den Beteiligten geeinigt, die Entwicklung im kommenden Jahr zu überprüfen und dann in einer gesonderten Zwischenfortschreibung des Krankenhausplans zu berücksichtigen.“ Der Krankenhausplan 2015 insgesamt soll dann im Jahr 2012 auf Basis der Daten des Jahres 2011 fortgeschrieben werden, um eventuell erforderliche Korrekturen auf Grund der zwischenzeitlichen Patientenströme und der weiteren Entwicklung in den Fachgebieten vorzunehmen.

Die Kapazitäten der Krankenhäuser im Überblick				
	Krankenhausplan 2010		Krankenhausplan 2015	
	Betten-Ist 01.07.2010	Betten-Soll 31.12.2010	Betten-Soll 01.01.2011	Betten-Soll 31.12.2015
Vollstationäre Betten	11.183	11.191	11.344	11.811
Teilstationäre Behandlungsplätze	936	936	963	963

Eine Übersicht über die Kapazitäten der einzelnen Krankenhäuser ist als Anlage dieser Pressemitteilung beigefügt. Weitere Informationen zur Krankenhausplanung stehen unter www.hamburg.de/krankenhaus im Internet zur Verfügung.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

Anlage zur PM der BSG vom 23.11.2010:

Ausbau wohnortnaher Hilfe in der Altersmedizin und für Schlaganfall-Patienten

Gesundheitssenator Wersich legt Krankenhausplan bis 2015 vor

Kapazitäten der Krankenhäuser	Krankenhausplan 2010		Krankenhausplan 2015	
	Betten- Ist 01.07.2 010	Betten- Soll 31.12.2010	Betten- Soll 01.01.20 11	Betten- Soll 31.12.2 015
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	1.250	1.250	1.248	1.291
Universitäres Herzzentrum GmbH	150	150	165	174
Asklepios Klinik St. Georg	625	625	637	665
Asklepios Klinik Barmbek	657	657	674	705
Asklepios Klinik Altona	741	741	715	746
Asklepios Klinik Harburg	772	772	777	802
Asklepios Klinik Nord	1.036	1.036	1.074	1.106
Asklepios Klinik Wandsbek	527	527	536	569
Schön Klinik Hamburg-Eilbek	667	667	703	734
Bundeswehrkrankenhaus	121	121	127	132
Albertinen-Krankenhaus	613	613	613	645
Altonaer Kinderkrankenhaus	166	180	180	179
Ev. Amalie-Sieveking-Krankenhaus	290	290	274	289
BG Unfallkrankenhaus	236	236	236	242
Asklepios Westklinikum Hamburg	410	410	440	458
Evangelisches Krankenhaus Alsterdorf	215	215	217	225
Bethesda Krankenhaus Bergedorf	318	318	338	353
Israelitisches Krankenhaus	180	180	158	167
Kath. Kinderkrankenhaus Wilhelmstift	200	194	195	191
Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg	368	368	360	381
HELIOS Mariahilf Klinik Hamburg	180	180	169	175
Krankenhaus Tabea	65	65	70	75
Katholisches Marienkrankenhaus	505	505	539	563
Facharztambulanz Hamburg	90	90	90	93
Wilhelmsburger Krankenhaus "Groß Sand"	200	200	205	218
Endo-Klinik	250	250	250	266
Klinik Dr. Guth	69	69	65	69
Praxisambulanz Mümmelmannsberg	25	25	25	25
Asklepios CardioCliniC Hamburg	19	19	25	27
Praxisambulanz Bergedorf	17	17	17	18
Krankenhaus Großhansdorf	103	103	102	107
Psychiatrisches Zentrum Rickling	16	16	16	16
Heinrich-Sengelmann-Krankenhaus	80	80	81	83
Fachambulanz Bokholt	22	22	23	22
Insgesamt vollstationär	11.183	11.191	11.344	11.811

Teilstationäre Behandlungsplätze	Plätze- Ist 01.07.2 010	Plätze-Soll 31.12.2010	Plätze-Soll	
			01.01.20 11	31.12.2 015
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	111	111	121	121
Asklepios Klinik St. Georg	67	67	67	67
Asklepios Klinik Barmbek	8	8	6	6

Asklepios Klinik Altona	10	10	10	10
Asklepios Klinik Harburg	88	88	88	88
Asklepios Klinik Nord	155	155	149	149
Asklepios Klinik Wandsbek	20	20	20	20
Schön Klinik Hamburg-Eilbek	78	78	85	85
Albertinen-Krankenhaus	44	44	50	50
Altonaer Kinderkrankenhaus	16	16	16	16
Ev. Amalie-Sieveking-Krankenhaus	20	20	20	20
Asklepios Westklinikum Hamburg	113	113	113	113
Evangelisches Krankenhaus Alsterdorf	30	30	30	30
Bethesda Krankenhaus Bergedorf	35	35	35	35
Kath. Kinderkrankenhaus Wilhelmstift	27	27	39	39
Agaplesion Diakoniekrankenhaus Hamburg	20	20	20	20
Katholisches Marienkrankenhaus	28	28	28	28
Wilhelmsburger Krankenhaus "Groß Sand"	20	20	20	20
Praxisklinik Mümmelmansberg	20	20	20	20
Psychiatrische TK Hamburg Mitte	26	26	26	26
Insgesamt teilstationär	936	936	963	963

Kapazitäten in den Fachgebieten

Kapazitäten in den Fachgebieten Fachgebiet	Krankenhausplan 2010		Krankenhausplan 2015	
	Plätze- Ist 01.07.2 010	Plätze-Soll 31.12.2010	Plätze- Soll 01.01.20 11	Plätze- Soll 31.12.2 015
Augenheilkunde	182	182	174	190
Chirurgie und Orthopädie	2.652	2.652	2642	2.825
Gynäkologie und Geburtshilfe	570	570	569	573
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	286	286	294	284
Haut- und Geschlechtskrankheiten	109	109	96	100
Innere Medizin	2.867	2.867	2871	3.009
Geriatric	781	781	887	957
Kinderheilkunde	591	599	587	585
Kinder- und Jugendpsychiatrie	142	142	147	137
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	76	76	76	77
Neurochirurgie	220	220	205	207
Neurologie	549	549	575	606
Nuklearmedizin	16	16	14	15
Psychiatrie und Psychotherapie	1.373	1.373	1.381	1.409
Psychosomatische Medizin und Psychotherapie	112	112	131	134
Strahlenkunde	66	66	60	63
Urologie	347	347	323	328
Ohne abgegrenzte Fachabteilung	244	244	312	312
Insgesamt teilstationär	11.183	11.191	11.344	11.811

Teilstationäre Behandlungsplätze	Plätze- Ist 01.07.2 010	Plätze-Soll 31.12.2010	Plätze- Soll 01.01.20 11	Plätze- Soll 31.12.2 015
Chirurgie und Orthopädie	4	4	4	4
Gynäkologie und Geburtshilfe	6	6	6	6
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	0	0	5	5
Haut- und Geschlechtskrankheiten	35	35	35	35
Innere Medizin	105	105	97	97
Geriatric	174	174	180	180
Kinderheilkunde	37	37	37	37

Kinder- und Jugendpsychiatrie	37	37	56	56
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	2	2	0	0
Neurologie	8	8	8	8
Psychiatrie und Psychotherapie	450	450	450	450
Psychosomatische Medizin und Psychotherapie	43	43	50	50
Ohne abgegrenzte Fachabteilung	35	35	35	35
Insgesamt teilstationär	936	936	963	963

25. November 2010/bsg25

Mehr Chancen für alle Generationen

Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich stellt mit Länderkollegen auf der ASMK wichtige Weichen in der Arbeits- und Sozialpolitik

Auf der heute in Wiesbaden zu Ende gegangenen Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) haben sich die Länderminister und -senatoren über gemeinsame Wege in der Arbeits- und Sozialpolitik verständigt. Sozialsenator Dietrich Wersich, der Hamburg auf der Konferenz vertreten hat, zog am Schluss des zweitägigen Treffens ein positives Fazit. Aus Hamburger Sicht ist besonders erfreulich, dass zwei Anträge Zustimmung gefunden haben: So sollen die Bundesförderung von Mehrgenerationenhäusern fortgeführt und Alleinerziehende sowie pflegende Angehörige ohne Berufsausbildung besser unterstützt werden, damit sie einen Beruf erlernen können. Der Hamburger Antrag zum besseren Schutz von Jugendlichen vor Schulden, die während des Hartz IV-Bezugs ihrer Eltern zustande gekommen sind, wurde nicht behandelt, da dieser bereits morgen im Bundesrat verabschiedet werden soll.

„Die Mehrgenerationenhäuser haben sich zu wichtigen Anlaufstellen in den Nachbarschaften entwickelt“, sagt Hamburgs **Sozialsenator Dietrich Wersich** und weiß seine Länderkollegen hinter sich. Deshalb haben sich die Minister und Senatoren mit der Bundesregierung verständigt, dass der Bund eine Zwischenfinanzierung anbietet, bevor das angekündigte Folgeprogramm im kommenden Jahr umgesetzt wird. In Hamburg werden derzeit fünf Mehrgenerationenhäuser gefördert.

„Ein Wegfall der Bundesförderung würde diese generationenübergreifenden Projekte gefährden“, so **Senator Wersich**. „Denn eine Weiterführung auf rein ehrenamtlicher Basis oder durch Sponsorengelder wäre nur schwer realisierbar. Dabei sind die Häuser eine wichtige Ergänzung zu bestehenden Angeboten im Sozialraum. Sie bringen nicht nur Jung und Alt in Kontakt, sondern sind für viele im Stadtteil auch erste Anlaufstelle, wenn sie zum Beispiel Beratung suchen. Deshalb hat Hamburg diesen Antrag unterstützt.“

Ebenfalls von Hamburg unterstützt und erfolgreich verabschiedet worden ist ein Antrag, der die Situation von Müttern und Vätern (vor allem Alleinerziehende) sowie Pflegenden ohne Berufsabschluss verbessern soll. Um ihnen zu ermöglichen, einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu erreichen, soll es für diese Gruppe mehr Aus- und Weiterbildungen in Teilzeit geben. Zusätzlich sollen ausbildungs- und weiterbildungsbegleitende Hilfen möglich werden. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Kinderbetreuung oder der Unterstützung bei der Pflege, sondern auch um Stützunterricht (insbesondere bei nicht

lerngewohnten oder in Deutsch unsicheren Personen) und sozialpädagogische Hilfen bei persönlichen und sozialen Problemen aller Art bis hin zur Krisenintervention.

„Im Endeffekt geht es darum, Armutskreisläufe bei diesem Menschen zu durchbrechen, die wegen Familienpflichten keine reguläre Ausbildung gemacht haben. Denn ohne Ausbildung findet man auch keinen adäquaten Arbeitsplatz. Mit passgenauen Hilfen können Alleinerziehende und Pflegende nicht nur sehr viel leichter eine Ausbildung beginnen“, so **Wersich** „sondern dadurch wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sie durchhalten und am Ende ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Modellprojekte belegen diesen Erfolg. Deshalb soll es nun Regelangebote geben“.

Der zwar nicht auf der ASMK behandelte, sondern morgen im Bundesrat in Berlin zur Abstimmung gestellte Antrag aus Hamburg soll verhindern, dass Jugendliche aus Hartz-IV-Familien für Schulden bzw. Rückforderungen ihrer Eltern haften und diese später als Erwachsene begleichen müssen. Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage im SGB II werden derzeit bestimmte Schulden auf alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft aufgeteilt – auch auf die minderjährigen Kinder.

„Diese Regelung wollen wir ändern“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Dass Kinder wegen Fehler ihrer Eltern überschuldet die Volljährigkeit erreichen, macht ihnen den Start in ein eigenständiges und selbstverantwortetes Leben sehr schwer. Zwar ist es nach der jetzigen Gesetzeslage möglich, gegen die Schulden vorzugehen, allerdings ist es sehr aufwändig, die juristischen Schritte zur Regelung der finanziellen Alt-lasten einzuleiten. Das entmutigt viele und hilft nicht gerade dabei, den Kreislauf der Hilfebedürftigkeit zu durchbrechen.“

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

PRESSEERKLÄRUNG

23. November 2010

ds23

Bußgeld gegen Haspa verhängt

Widerrechtlicher Datenzugriff durch Kundenberater abgestellt

Heute hat der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit das Bußgeldverfahren gegen die Hamburger Sparkasse mit einem Bescheid in Höhe von 200.000 Euro abgeschlossen. Die Bank hat sich bei der Aufklärung des Datenschutzverstoßes kooperativ gezeigt und das beanstandete Vorgehen eingestellt.

Die Haspa hatte ab Ende 2005 bis August 2010 ihren als selbständige Gewerbetreibende eingesetzten sog. mobilen Kundenberatern den Zugriff auf Daten der Bankkunden ermöglicht. In einer nicht näher bekannten Anzahl von Fällen konnten diese über den gesamten Zeitraum auch ohne Einwilligungserklärung der Kunden auf deren Kontodaten zugreifen. Dies war bankintern auch bekannt, da anhand der Logdaten seit 2007 regelmäßig Stichproben der Zugriffe erfolgten. Ferner hatte die Bank Charakterprofile der Kunden, die auf Erkenntnissen der modernen Hirnforschung beruhen, unter Nutzung von Kundendaten erstellt, auf die ebenfalls alle mobilen Kundenberater Zugriff hatten. Hierzu wurden sowohl soziodemographische Daten als auch die Produktnutzungsdaten der Kunden herangezogen. Dazu gehörten u.a. Salden etwa von Girokonten wie auch die Anzahl von Buchungen. Die Erstellung der Kundenprofile und deren Nutzung erfolgten ohne Wissen der Bankkunden.

Dazu Prof. Dr. Johannes Caspar: „Bei den Bankdaten handelt es sich um sehr sensible Daten, die sehr viel über die einzelnen Kunden aussagen. Wir haben uns bei der Verhängung des Bußgeldes an Schwere und Ausmaß des Datenschutzverstoßes sowie daran orientiert, dass dessen Höhe den daraus resultierenden wirtschaftlichen Vorteil übersteigen soll. Ferner setzen wir hiermit ein Zeichen gegen den Einsatz moderner Methoden des Neuromarketing unter Außerachtlassung des Datenschutzes und gegen einen gläsernen Bankkunden.“

Zugunsten der Haspa war zu berücksichtigen, dass die Verantwortlichen eine zügige Aufklärung ermöglicht haben und in den aufsichtsbehördlichen Gesprächen kooperativ waren. Ferner hat die Haspa den Mitarbeitern des mobilen Vertriebs bereits am 9. Juli 2010 die Berechtigung des Kundenzugriffs entzogen. Unsere Prüfung hat ergeben, dass seit dem 30. August ein geändertes technisches Verfahren eingesetzt wird, das den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird, und dass die unzulässigen Kundenprofile gelöscht wurden.

Die Verantwortlichen haben uns gegenüber deutlich gemacht, dass die Haspa künftig dem Datenschutz einen hohen Rang einräumen wird. Nach Abschluss des gegenwärtigen Verfahrens bietet sich durchaus die Chance für einen Neuanfang. Wir haben der Haspa angeboten, bei datenschutzrechtlichen Fragen unsere Beratungsleistung in Anspruch zu nehmen. Ich hoffe, dass davon im Sinne eines präventiven Datenschutzes künftig Gebrauch gemacht wird.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 040 / 428 54 - 4041

25. November 2010/bkm25

Behörde für Kultur und Medien gratuliert Thomas Fuchs zum Vorsitz der Landesmedienanstalten in Deutschland

Thomas Fuchs, bisher Direktor der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein, übernimmt im Januar 2011 den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in Deutschland (ALM). Die Landesmedienanstalten sind zuständig für die Überwachung der Programme des privaten Hörfunks und Fernsehens in Deutschland.

Dr. Nikolas Hill, Staatsrat für Kultur und Medien: „Ich gratuliere Thomas Fuchs herzlich zur Wahl. Die Entscheidung für ihn beweist, dass die Zusammenlegung der Medienanstalten Hamburgs und Schleswig-Holsteins der richtige Schritt zur Stärkung der norddeutschen Medienlandschaft war.“

Der gebürtige Hamburger Thomas Fuchs löst Thomas Langheinrich von der Landesanstalt für Kommunikation in Stuttgart ab, der nach drei Jahren turnusgemäß ausscheidet. Die Entscheidung für Fuchs haben die 14 Direktoren und 14 Gremienvorsitzenden der Landesmedienanstalten in ihrer gemeinsamen Sitzung in Hamburg beschlossen. Mit dem Amt ist gleichzeitig der Vorsitz der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) und der Kommission für Zulassung und Aufsicht verbunden.

Über Thomas Fuchs

Thomas Fuchs wurde am 23. Juli 1965 in Hamburg geboren. Nach seinem Jura- und Philosophiestudium war er zuerst als Rechtsanwalt tätig. 1996 trat er in den Staatsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg ein. Dort arbeitete er u. a. im Bereich Medienpolitik und bis 2001 als persönlicher Referent des Wirtschaftssenators. Von 2001 bis 2004 leitete er die Präsidialabteilung der Behörde für Wissenschaft und Forschung und verantwortete dort u.a. die Gründung des Mediacampus Finkenau und der Hamburg Media School. Ab März 2004 war er als Leiter der Abteilung Theater, Musik und Bibliotheken in der Kulturbehörde tätig, seit Herbst 2005 auch Vorstand der Stiftung Elbphilharmonie. Im Januar 2008 hat Fuchs seinen Dienst als Direktor der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH) angetreten. Er ist außerdem Mitglied des Kuratoriums des Hans-Bredow-Instituts (HBI) sowie des Verwaltungsrats der TIDE GmbH und vertritt die MA HSH in der Medienstiftung Hamburg Schleswig-Holstein. Fuchs ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Pressekontakt für Rückfragen:

Stefan Nowicki, Pressesprecher der Behörde für Kultur und Medien
Tel.: 040 42824 293, stefan.nowicki@bkm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 29. November bis 5. Dezember 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 29.11.2010

- 09:00** Berlin, Deutsches Institut für Menschenrechte e.V., Zimmerstr. 26-27
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an der **Kuratoriumssitzung und der Mitgliederversammlung des Trägervereins des Deutschen Instituts für Menschenrechte e.V.** teil.
- 10:00** Ganztagschule St. Pauli, Friedrichstraße 55, 20359 Hamburg
Senatorin Christa Goetsch und Sozialsenator Dietrich Wersich prämiieren die Sieger im Wettbewerb „**Vorbildliche Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe in der Entwicklung von Ganztagschulen**“.
- 11:30** HAW Bergedorf, Lohbrügger Kirchstr. 65, 21033 Hamburg, Treffpunkt: Pfortnerei der Fakultät Life Sciences/Eingang Ulmenliet
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Einweihung der Chemie-Labore der Fakultät Life Sciences der HAW Hamburg.**
- 15:15** Berufliche Schule Uferstraße, Uferstraße 9-10, 22081 Hamburg
Staatsrat Ulrich Vieluf spricht ein **Grußwort bei der Tagung des Aktionsbündnisses für Bildung und Beschäftigung förderbedürftiger Jugendlicher.**
- 19:00** Abaton, Allendeplatz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein **Grußwort zur Vorschau des Films „Home for Christmas“.**
- 19:00** Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung der „Förderpreise für Literatur und literarische Übersetzungen 2010“.**

Dienstag, den 30.11.2010

- 14:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort beim Empfang der „Fair Trade Botschafter_innen vom Verein „hamburg mal fair“ und überreicht die Urkunden.**
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Christoph Ahlhaus empfängt den **dänischen Botschafter Per Poulsen-Hansen zum Antrittsbesuch.**
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil
- 15:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann begrüßt den **Generalkonsul der Republik**

Indien, Dr. B. M. Vinod Kumar, zum Abschiedsbesuch.

- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Christoph Ahlhaus spricht ein **Grußwort anlässlich des Logistik-Dinners.**
- Senator Ian Karan hält eine **Laudatio anlässlich der Verleihung des Schüler Preises beim Logistik Dinner.**
- 19:00** Bergedorfer Rathaus, Wentorfer Str. 38
Senator Heino Vahldieck hält eine **Rede anlässlich des „Helfertags“ und verleiht die Ehrenadel.**
- 19:30** Körber Forum, Kehr wieder 12
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **„ART Lounge Libanon“ der Körber-Stiftung.**
- Mittwoch, den 01.12.2010**
- 09:45** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Alexanderstraße
Senator Dr. Till Steffen eröffnet die **Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“**
- 11:00** Landungsbrücken, Brücke 10
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt teil an der **Verabschiedung von Peter Kellermann, Geschäftsführer des HVV.**
- 12:00** Nordport-Towers, Südportal 1, Norderstedt
Staatsrat Peter Wenzel spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung der gemeinsamen Geschäftsstelle der HK Hamburg und der IHK Lübeck**
- 13:00** Humboldt Carré, Behrenstraße 42, 10117 Berlin
Senator Dietrich Wersich nimmt an der Sitzung des **Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“** teil.
- 14:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1 Albrecht-Schäfer-Saal
Senator Till Steffen spricht ein **Grußwort anlässlich der Verabschiedung des Finanzgerichtspräsidenten Dr. Jan Grotheer.** Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck und Staatsrätin v. Paczensky nehmen teil.
- 14:00** Rathaus, Bürgermeister Amtszimmer
Bürgermeisterin Christa Goetsch empfängt den **Botschafter der Republik der Mongolei, Davaadorj Baldorj, zum Antrittsbesuch.**
- 18:00** Altonaer Museum, Museumstraße 23
Bürgermeisterin Christa Goetsch **überreicht der Stiftung Kinderjahre den Wolfgang-Lay-Preis und spricht ein Grußwort.**
- 18:00** Atrium der Hanse-Merkur-Versicherung, Siegfried-Wedells-Platz 1
Senator Dietrich Wersich spricht im Rahmen eines **Senatsempfangs anlässlich des Welt-Aids-Tages ein Grußwort.**
- Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert nimmt teil.

- 18:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält ein **Grußwort anlässlich des Empfangs „Hamburg engagiert sich“**.
- Staatsrat Dr. Manfred Jäger nimmt teil.
- 19:00** Brüssel, Hanse Office, Avenue Palmerston 20
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatssekretär Heinz Maurus sprechen ein **Grußwort anlässlich des Empfangs zum 25jährigen Jubiläum des Hanse Office, einer gemeinsamen Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein bei der EU**.
- 19:00** Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall
Senator Reinhard Stuth hält eine **Rede auf dem „Jahresempfang der Stiftung Hamburger Kunstsammlungen“**.
- 20:00** Kulturkirche Altona, Max-Brauer-Allee 199
Bürgermeister Christoph Ahlhaus hält ein **Grußwort anlässlich des Empfangs anlässlich 225 Jahre Trinkaus Bank**.

Donnerstag, den 02.12.2010

- 08:15** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen am **Senatsfrühstück der „Aktionslinie eCommerceCity Hamburg“** teil.
- 10:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Heino Vahldieck **verleiht die Ehrendenkmünze an zwei Mitarbeiter des Kampfmittelräumdienstes**.
- 11:00** COMPASS Regionalbüro Hamburg, Gotenstraße 10
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung des COMPASS-Pflegepreises**.
- 11:30** Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V., Hospitalstraße 111
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Projektes „Regenbogen“**.
- 14:00** Kiel, Düsternbrooker Weg 80, Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nimmt teil an der **Sitzung der Arbeitsgruppe der Chefin und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der norddeutschen Länder**.
- 15:00** Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall 1, vor Kupferstichkabinett
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort zur Gedenkfeier für Philipp Otto Runge**.
- 15:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort anlässlich eines Senatsempfangs für Knochenmarkspender und langjährige Blutspender**.
- 16:00** Rathaus, Phönixsaal
Senator Ian Karan spricht ein **Grußwort beim Senatsempfang anlässlich der**

Einweihung des „Centers für Maritime Dienstleistungen“.

- 16:30** IBA-Dock, Veddel
Staatsrat Christian Maaß nimmt teil an **der Podiumsdiskussion anlässlich der Fachtagung IBA Labor zum Energieatlas.**
- 17:30** Jungfernstieg/Reesendambrücke
Bürgermeister Christoph Ahlhaus übergibt am Glühweinstand von Herrn Schau einen **Scheck zu Gunsten der Hauptkirche St. Michaelis an Hauptpastor Röder.**
- 18:00** Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall
Senator Reinhard Stuth eröffnet mit einem **Grußwort die Ausstellung „Kosmos Runge. Der Morgen der Romantik“.**
- 19:00** Passage Kino, Mönckebergstraße
Senatorin Anja Hajduk stellt im **Rahmen der Veranstaltungsreihe Stadt im Dialog das Innenstadtkonzept** vor.

Freitag, den 03.12.2010

- 10:00** Rathaus, großer Festsaal
Staatsrat Ulrich Vieluf **ehrt die Wettbewerbssieger:**
10:00 – 11:00 Uhr Schülerinnen und Schüler Klasse 1 – 5.
12:00 – 13:00 Uhr Schülerinnen und Schüler der Klasse 6+7.
16:00 – 16:30 Uhr die Einzelsieger 8 – 10 und Sieger der Oberstufe.

14:00 - 15:00 Bürgermeisterin Christa Goetsch ehrt die Wettbewerbssieger der Klassen 8 - 10.
- 11:30** Billstedt-Center, Möllner Landstraße 3
Bürgermeister Christoph Ahlhaus macht einen **Adventsbesuch mit Kindergartenkindern im Billstedt-Center.**
- 13:00** Logenhaus, Moorweidenstraße 36
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht **ein Grußwort anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Zentrums für Interdisziplinäre Suchtforschung (ZIS).**
- 17:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann spricht ein Grußwort anlässlich **der Verleihung des „Schwarzkopf-Europa-Preises“ an Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg**, teil.
- 18:00** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort zum 10-jährigen Jubiläum des Vereins Jugend Aktiv e.V.**
- 18:00** Miami Ad School, Finkenau 35
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **„Jahresfest der Hamburg Media School“** teil.
Senatorin Dr. Herlind Gundelach nimmt ab 19:00 teil.
- 19:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht **„Movie meets Media“.**
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor

Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Verleihung des „Boy Gobert Preises“ an Thorsten Hierse im Rahmen der Veranstaltung „50 Jahre Thalia nach dem Wiederaufbau“** teil.

Samstag, den 04.12.2010

- 10:00** Unfallkrankenhaus Boberg, Bergedorfer Str. 10
Staatsrat Rolf Reincke hält ein **Grußwort anlässlich der Fachtagung „Drogenprävention im Nachwuchssport“**.
- 17:00** European XFEL-Tunnelbaustelle Schenefeld
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich des Festes der „Heiligen Barbara“**
- 20:00** Kampnagel, Jarrestraße 20
Senator Reinhard Stuth besucht die **Filmvorführung „Metropolis“**, die vom NDR Sinfonieorchester begleitet wird.

Sonntag, den 05.12.2010

- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort beim Senatsempfang aus Anlass des „Eurobest Advertising Festival 2010“**.